

# Breslauer

Mittagblatt.

Sonnabend den 11. Dezember 1858.

Nr. 580.

## Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Paris, 10. Dezember. Der soeben erschienene Bankausweis ergiebt eine Vermehrung des Baarvorraths um 28 Millionen und der laufenden Rechnung des Schakes um 26 1/4 Millionen, dagegen eine Verminderung des Portefeuilles um drei Millionen Francs.

London, 10. Dezember, Vormittags. Die heute erschienenen Regierungsblätter widersprechen dem Gerüchte von der Auflösung einer verhältnischen Korrespondenz Lord Malmesbury's mit der neapolitanischen Regierung.

In Cork sind fünfzehn, besseren Ständen angehörige, junge Irlander, des Bandmannthums verdächtig, verhaftet worden.

Paris, 10. Dezember, Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete zu 73, 30, wodurch auf 73, 20 und schloss ziemlich träge zur Notiz.  
3proz. Rente 73, 35. 4 1/2 proz. Rente 96, 80. 3proz. Spanier 48 1/2. 1proz. Spanier 31. Silber-Anleihe 94. Österreich. Staats-Eisenbahn-Aktien 651. Credit-mobilier-Aktien 988. Lombardische Eisenbahn-Aktien 598. Franz-Joseph-Bahn 518.

London, 10. Dezember, Nachmittags 3 Uhr.  
Consols 97 %. 1proz. Spanier 31. Mexikaner 20 %. Sardinier 91. 5proz. Russen 113 %. 4 1/2 proz. Russen 103 %.

Wien, 10. Dezember, Nachmittags 12 1/2 Uhr. Börse lebhafter. Neue Loope 101, —.

Sproz. Metalliques 85, 30. 4 1/2 proz. Metalliques 76, 20. Bank-Aktien 970. Nordbahn 172, 10. 1854er Loope 115, 25. National-Anlehen 86, 05. Staats-Eisenbahn-Aktien 261, 90. Kredit-Aktien 242, 40. London 101, 80. Hamburg 76, 20. Paris 40, 40. Gold 101 %. Silber —. Elisabet-Bahn 85, 50. Lombard. Eisenbahn 120, —. Neue Lombard. Eisenbahn 112.

Frankfurt a. M., 10. Dezember, Nachmittag, 2 1/2 Uhr. Im Allgemeinen feste Haltung, Umsatz belebt.

Schlaf-Course: Ludwigshafen-Berbacher 154 1/2. Wiener Wechsel 120 %. Darmst. Bank-Aktien 237%. Darmstädter Setzbahn 228. 5proz. Metalliques 81 %. 4 1/2 proz. Metalliques 72 %. 1854er Loope 109 1/2. Österreichisches National-Anlehen 82. Österreich-Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 299 1/2. Österreich. Bank-Anteile 1110. Österreich. Kredit-Aktien 232. Österreich. Elisabet-Bahn 184. Rhein-Nahebahn 59 %. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 96 %. Mainz-Ludwigshafen Litt. C. 90.

Hamburg, 10. Dezember, Nachmittags 2 1/2 Uhr. Flache Stimmung bei geringem Geschäft. Nordbahn 58 %. Medlenburger 54.

Schlaf-Course: Österreich-Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 635. National-Anleihe 83 %. Österreich. Credit-Aktien 132. Vereins-Bank 98. Norddeutsche Bank 87 %. Wien 78, 25.

Hamburg, 10. Dezember. [Getreidemarkt.] Weizen loco und ab auswärts flau und still. Roggen loco still, ab Dänemark sehr fest gehalten, pr. Frühjahr 123—124 pfld. 66 bezahlt. Del loco 28%, pro Mai 28 1/2%. Kaffee unverändert.

Liverpool, 10. Dezember. [Baumwolle.] 7000 Ballen Umsatz. — Preise 1/2 billiger als am vergangenen Freitag. Wochenumsumsatz 42,060 Ballen.

## Telegraphische Nachrichten.

Paris, 9. Dez. Wie aus Madrid, 8. Dez., gemeldet wird, hatte der Marshall O'Donnell am vorhergehenden Tage in den Cortes erklärt, die Regierung sei entschlossen, das konstitutionelle System aufrecht zu erhalten.

Aus Konstantinopel sind in Marselli Nachrichten vom 1. d. M. eingelassen. Die Vertreter der verschiedenen Mächte hatten zwei Tage hintereinander Berathungen gehalten, deren Gegenstand die in den Donaustadtthümern herrschende Krise war. Wie aus Berlin berichtet wird, war der französischen Militär-Mission allerwärts ein trefflicher Empfang zu Theil geworden.

## Preußen.

Berlin, 10. Dezember. [Amtliches.] Se. königliche Hoheit der Prinz-Régent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, allernächst geruht, den bisherigen außerordentlichen Professor Dr. Karlsch an der Akademie zu Münster zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät dieser Akademie; so wie den bisherigen Kreisrichter Julius August Ottomar Hermes zum Konsistorial-Rath und Mitglied des Konsistoriums und Schul-Kollegiums der Rheinprovinz; und den Regierungs-Assessor v. Helmolt in Magdeburg zum Regierungsrath zu ernennen.

Der „Staats-Anzeiger“ publiziert heute den allerhöchsten Erlass vom 22. November 1858 — betreffend die Genehmigung des Regulatius über die landschaftliche Belebung der dem schlesischen landschaftlichen Kreditverbanden inkorporirten Güter auf das vierte Sechstheil der Taxwerthe und über die Emission von schlesischen Pfandbriefen Littr. C. (S. Nr. 569 und 567 der Bresl. Z.)

Se. königliche Hoheit der Prinz-Régent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, allernächst geruht: dem General-Konsul für die Moldau und Wallachia, Geheimen Regierungsrath Freiherrn von Meusebach, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Kaisers von Russland ihm verliehenen St. Annen-Ordens zweiter Klasse in Brillanten, so wie dem General-Konsul und Geschäftsträger für Chilli, Levenhagen, zur Anlegung des von des Kaisers von Brasilien Majestät ihm verliehenen Offizier-Kreuzes des Rosen-Ordens zu ertheilen.

Berlin, 10. Dezember. [Hofnachrichten.] Auf der gestrigen Ballfestslichkeit bei Sr. königlichen Hoheit dem Prinz-Régenten erschienen die sämmtlichen hier anwesenden Prinzen und Prinzessinnen des hohen Königshauses; nur Ihre königliche Hoheit die Frau Prinzessin Friedrich Wilhelm wurde durch Gesundheitsrücksichten von der Theilnahme zurückgehalten. Es befanden sich in der hohen Gesellschaft auch Sr. königliche Hoheit der Prinz August von Württemberg, Ihre Hoheiten der Prinz Wilhelm von Baden, der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen, der Erbprinz Leopold und der Prinz Karl von Hohenzollern-Sigmaringen, die Prinzen von Holstein-Glücksburg, die Fürster Wilhelm und Boguslaw Radziwill, der Prinz und die Prinzessin Anton Radziwill, die Generalität, die Minister, das diplomatische Corps und andere hochgestellte Personen. Die Soiree, welche um 9 Uhr begann, hatte um 1 Uhr ihr Ende erreicht. — Sr. königl. Hoheit der Prinz-Régent empfing heute Vormittag die Minister v. Bethmann-Hollweg und v. Massow, so wie den Polizei-präsidenten Freiherrn v. Zedlitz, und begab sich demnächst zu der in der Umgegend von Schöneberg



# Zeitung.

Sonnabend den 11. Dezember 1858.

Nr. 580.

stattfindenden Treibsgad. Sr. königlichen Hoheit folgten dorthin Ihre königlichen Hoheiten die Prinzen Karl, Friedrich Karl, Prinz August von Württemberg, Ihre Durchlaucht die Fürsten Radziwill, der General-Feldmarschall v. Wrangel, der General v. Neumann, der russische Militär-Bevollmächtigte am hiesigen Hofe, General Graf Adlerberg, und viele andere fürstliche und hochgestellte Personen. Das Rendezvous war am Ausgang von Schöneberg, und das Déjeuner dinatoire fand im Schloß zu Steglitz statt.

Über die Audienz, welche Ihre königlichen Hoheiten der Prinz und die Frau Prinzessin Friedrich Wilhelm der mit der Überreichung der Festgabe der Stadt Danzig an Höchst dieselben beauftragten Deputation gewährt haben, ist der „Danziger Zeitung“ folgendes mitgetheilt worden: Die Deputation hatte sich in dem großen Saale des Schlosses versammelt, in welchem neben den Festgeschenken der Städte Berlin und Magdeburg die Festgabe Danzigs aufgestellt war. Ihre königlichen Hoheiten der Prinz und die Frau Prinzessin erschienen, gefolgt von Ihrem Hofstaat, und wurden durch den Ober-Bürgermeister angeredet, der mit wenigen Worten hervorholte: Das die Stadt ihrer Festgabe den Stempel ihres Ursprunges habe aufdrücken wollen, und daher, da das Meer Danzigs Lebensquelle enthalte, das Abbild eines Schiffes darbiete, dessen Urbild eine in der Vorzeit durch danziger Kriegsschiffe geenterte und zur Erinnerung im Modelle im Artushofe aufgehängte tunische Galeere gewesen sei. Danzig habe jetzt den Schutz seines Handels, den es früher sich selbst habe gewähren können, später aber schmerzlich entbehrt habe, durch die Kriegshöfe Sr. Majestät wieder gewonnen und wolle in der Festgabe mit der Erinnerung an die Vergangenheit den Dank für die Gegebenheit niederlegen. Die alte treue Stadt bitte um eine gnädige Annahme der in ehrfurchtvoller Liebe dargebrachten Festgabe. — Se. königliche Hoheit der Prinz geruhte zu erwiedern: Er beauftrage die Deputation, der Bürgerschaft Danzigs seinen Dank für das Geschenk auszusprechen, das einen um so größeren Werth für ihn habe, da es von einer Stadt dargeboten werde, welche unter allen Verhältnissen sich stets gleich geblieben sei. Er habe es bedauert, im Laufe des verflossenen Jahres an dem beabsichtigten Besuche Danzigs behindert worden zu sein, hoffe aber zuversichtlich, im kommenden Jahre Danzig besuchen, und der Frau Prinzessin die schöne alte Stadt zeigen zu können. — Se. königl. Hoheit hatte hierauf die Gnade, sich mit den Mitgliedern der Deputation zu unterhalten, während Ihre kgl. Hoheit die Frau Prinzessin das ausgestellte Schiff in seinen einzelnen Theilen in Augenschein nahm, und bezüglich auf dasselbe und dessen alterthümliche Form mehrere Fragen an den Ober-Bürgermeister richtete. Nach einer halbstündigen Dauer wurde die Deputation von Ihren königl. Hoheiten unter nochmaligen Aeußerungen der höchsten Huld und Gnade entlassen. (Pr. 3.)

[Zu den Nachwahlen.] In der gestern (9.) in Stettin stattgehabten Versammlung von Wahlmännern der Stadt Stettin und des Landkreises erhielt Professor Gneist von 152 abgegebenen Stimmen 141. Vorgesetzten und empfohlen von dem Schulrat Alberti präsentierte sich Professor Gneist der Versammlung und setzte seine politischen Ansichten in einer längeren Rede zusammen, der wir nach der „Österr.-Zeitung“ folgendes entnehmen. Er erklärt sich für Handels- und Gewerbefreiheit und sprach sich für Unterstützung des jetzigen Ministeriums aus, das man nicht, wie bereits vielseitig ausgesprochen wäre, zu Fortschritten und auch nicht zu schleuniger Änderung des Verwaltungspersonals drängen müsse. Er empfahl Nachicht gegen diejenigen Beamten, welche nach wie vor dem früheren Systeme thiebbar anhängen, denn in Preußen bedinge ein Regierungswechsel nicht wie in Frankreich den vollständigen Wechsel des Beamtenpersonals, in Preußen solle die Verwaltung nicht Parteiweise sein. Aber mit goldenen Buchstaben würde er über der Thür jedes Landratsamtes die Worte angeschrieben zu sehen: „Wenn in allen Regierungshandlungen sich Wahrliebe, Gesetzmäßigkeit und Konsequenz auspricht, so ist ein Gouvernement stark, weil es ein reines Gewissen hat.“ In Bezug auf die Frage der Gründungs- und Konsolidierung gab Herr Gneist eine historische Übersicht der Entstehung der Grundsteuerbefreiung in den östlichen Provinzen und erklärte, daß seiner Ansicht nach, so wie nach dem bekannten Paragraphen der Verfassungsurkunde die längere Fortdauer eines Zustandes, in dem ein einzelner Stand von der Belastung von Steuern entbunden sei, die allen andern auferlegt wären, nicht länger fortdauern könne. Er wolle aber, daß diese Steuer, welche hauptsächlich zur Besteitung der Kreisbedürfnisse und erst subsidiär zur Besteitung der Staatsbedürfnisse dienen müsse, möglichst schonend eingeführt werde und sei er dabei für eine geringe oder vielmehr steigende Skala etwa mit 2 Proz. angesetzt und zu allmäßig 3, 4, 5 Prozent fortzusetzen. Er glaube, daß diese Steuer endlich auch noch eine Komplexe zur Einführung der Kreisverfassung sein würde. — Es erfolgte sodann eine Interpellation seitens des Generals v. Baczko. Derselbe erklärte, daß er allerdings die hohe geistige Begabung, die tiefe Kenntniß und die glänzende Verdienstsamkeit des Wahlkandidaten wohl zu würdigen wisse, daß er aber als alter Krieger, dessen Wahlspruch „immer durch“ sei und der auf dem Boden der Verfassung stehend als Militär nicht nur das passive, sondern auch das aktive Wahlrecht habe, sich verpflichtet fühle, die Verfassung darauf aufmerksam zu machen, daß er Gründe habe, seine Stimme dem Wahlkandidaten nicht zu geben. Herr Gneist habe im Jahre 1848 als Wahlkandidat sich vor einer Wahlkammerverammlung in einer Art ausgesprochen, die man nicht nur konservativ, sondern wohl noch etwas weiter rechts gehend nennen müsse. Später aber vor einer anderen Verfassung habe er gesagt, wenn dies oder das geschehe, so würde man ihn nicht auf der Tribüne, sondern auf der Barrilade finden. Professor Gneist erwiederte darauf, daß dies eine infame Verleumdung sei, deren Quelle der Zuschauer der „N. Pr. 3.“ wäre. Seine Worte, die er der sehr tumultuarischen Versammlung zugerufen habe, wären gewesen: „Meine Herren, Sie, die hier toben und wilden, Sie wollen ja einen Mann in die Kammer schicken und nicht auf die Barrilade.“ Er habe darauf sofort an Wagener geschrieben, um von ihm den Schreiber des Artikels zu erfahren, damit er ihn wegen Injuriens belange. Die „N. Pr. 3.“ habe damals für solche Fälle einen Webergesellen engagirt gehabt, der solche Verantwortlichkeit auf sich nehmen müsste. Herr Wagener habe ihm auch schriftlich geantwortet, der Einsender des Artikels sei der Webergeselle N. N. in der N. N.-Straße, und erbte er (Gneist) sich, dem Herrn General dies Billet zu zuwenden. General v. Baczko sagte darauf, er habe keine Angaben von glaubwürdigen Zeugen, die er aber nicht weiter namhaft mache. Gneist sagte ferner, daß seine damals gesprochenen Worte stenographiert seien und daß, wenn ihm irgend etwas in politischer Beziehung anzuhören gewesen sei, es unter dem Ministerium Mantaußel gewiß geschehen wäre. Er führte noch weiter an, daß er an der Spitze einer Deputation der von ihm zusammenberufenen Berliner Stadtverordnetenversammlung die Nationalversammlung beschworen habe, von dem Steuerverweigerungsbesluß, der nicht in Einklang mit den Ansichten der Majorität des Volks sein würde, abzustehen. — Die Abstimmung ergab das oben mitgetheilte Resultat. (Pr. 3.)

## Deutschland.

Freiburg, 7. Dezember. [Wedekind noch nicht ausgeliefert.] Auf die Nachricht, daß die badischen Justizbehörden die Auslieferung des wegen Betrugs und Erpressung verhafteten Geh. Hofrats Wedekind genehmigt hätten und daß demgemäß Wedekind nächster Tage nach Berlin transportiert und dem dortigen Gerichte überliefern werden würde, bemerkte die „Breisg. Ztg.“, daß Wedekind gegen dieses Urteil den Rekurs ergriffen hat, und demzufolge sich noch im hiesigen Amts-Gefängnis befindet.

## Frankreich.

Paris, 8. Dezbr. Die vielfachen Verbesserungen in der Waffen-Fabrikation, die in den letzten Jahren bei verschiedenen Völkern erfolgt sind, haben die unterscheidenden Merkmale der Kriegswaffe gänzlich verändert. Die Angabe des Kalibers, die sonst genügt, um die Kriegswaffe zu bezeichnen, ist gegenwärtig ohne Werth, und doch nimmt die französische Gesetzgebung blos auf diese Rücksicht. Die hieraus entstehenden Verlegenheiten und Gefahren haben den Marschall-Kriegsminister bewogen, an den Kaiser einen Bericht zu erstatten und die Einsetzung eines Ausschusses zu beantragen, welcher Vorschläge zur Revision der Gesetzgebung über Besitz, Handel und Fabrikation von Waffen machen soll. Dieser Ausschuß soll aus Vertretern der bei dieser Frage beteiligten verschiedenen Ministerien zusammengesetzt werden, und der Marschall-Kriegsminister hofft von den Vorarbeiten desselben einen Gesetzentwurf, der Harmonie in diesen Zweig der Gesetzgebung bringen und auch den Beschwerden des Waffenhandels Rechnung tragen werde. Ihm die Freiheit zu geben, so weit dieselbe mit den Garantien der Ordnung und Sicherheit verträglich ist, das Ziel, welches dieser Ausschuß erstreben soll, als dessen Spize der Divisions-General, Senator Marquis v. Laplace vorgeschlagen wird. Die übrigen vorschlagenden zehn Mitglieder gehören dem Ackerbau-, Colonial-, Kriegs- und Justiz-Ministerium, so wie dem des Innern und den Verwaltungszweigen der Mauth, der Konsulate und der öffentlichen Sicherheit an. Am 28. November wurde der Antrag des Kriegsministers durch den Kaiser gut geheißen.

Der „Moniteur“ meldet den zu Beziers erfolgten Tod des Artillerie-Generals Raindre. General Raindre wurde zu La Chapelle am 14. Dezbr. 1779 geboren, lief als 12jähriger Knabe aus der Schule und wurde Freiwilliger. Als er 14 Jahre zählte, war er bereits Fourier und zeichnete sich in der Schlacht bei Hohenlinden so aus, daß er auf dem Schlachtfelde Offizier wurde. Bei Kulm wurde er schwer verwundet. Der „Moniteur“ zählt 26 große Schlachten auf, an welchen dieser tapfere Offizier entscheidenden Anteil nahm. Er hatte im Ganzen 23 Feldzüge mitgemacht und 22 Wunden erhalten.

Man hat neuere Berichte vom Admiral Rigault de Genouilly, die bis zum 10. Oktober reichen. Dieselben schildern die Situation der Franzosen in Cochinchina zwar als „eine sehr gute“, doch glaubt man nicht an eine rasche Beendigung des Zuges, es heißt vielmehr, daß eine formelle Belagerung der Stadt Hué notwendig sein werde. Die Regierung schickt, wie schon gemeldet, Hrn. Deroule de Dupré vom Genie-Corps dahin, um die Belagerung zu leiten. Wenn es dort im Kleinen nicht so geht, wie vor Sebastopol!

[Das Urtheil des „Journal des Débats“ über Preußen.] Das heutige „Journal des Débats“ enthält einen umfangreichen, eingehenden Artikel über Preußen, welcher in volter Anerkennung des jüngsten Ministeriums, auch frühere Verhältnisse berührt. In demselben heißt es:

Die Wahlen zum Hause der Abgeordneten sind überall in Berlin, wie in den Provinzen mit unablässiger Regelmäßigkeit vorgenommen worden. Uebrigens zeigten die Wähler Eifer und Freude bei Erfüllung ihrer Pflicht, wobei sie völlig unabhängig handelten, so daß man die Wahlen als treuen Ausdruck der öffentlichen Meinung ansehen kann. — Der Prinz-Régent hat sich nicht getäuscht. Von dem Augenblide an, da er die Regentschaft übernahm, fühlte er, daß man die Fäden der Verwaltung anders ziehen, sich als einen aufrichtigen Anhänger der Verfassung ankündigen, mit den über die Stränge schlagenten Freunden der Feudal-Einrichtungen brechen, und in richtiger Weise die vor 10 Jahren hingerissenen freiliegenden Gedanken entwideln müsse, zumal diese bei ihrem Auftauchen sofort zurückgedrängt worden waren. Dabei will der Prinz die Überlebensfähigkeit geachtet, gewisse ältere Rechte gefehlt, und ihnen den gehörigen Einfluß gegönnt, endlich der Politik Preußens einen festen, nationalen und deutscher Charakter gegeben wissen. Der Prinz-Régent hat auch wohl eingesehen, daß es zum neuen Werke auch neuer Menschen bedürfe. Daher die Entfernung des Ministeriums, dessen Haupt der Freiherr von Mantaußel gewesen, und dessen Erziehung durch einen, von dem Fürsten von Hohenzollern geleiteten. Die Bildung des neuen Kabinetts war die erste, bezeichnende Handlung des Regenten, welche in ganz Deutschland einen tiefen Eindruck gemacht, und die Aufmerksamkeit Europas erregt hat. — Herr von Mantaußel sah, von seinem Standpunkte aus, auch gar keine Schwierigkeit, während der Regentschaft das Amt, das er unter dem König Friedrich Wilhelm inne hatte, weiter zu führen, und batte deshalb dem Prinz-Régenten das Erbteil gemacht, ihm mit allen Vortheilen zu dienen, welche ihm eine lange Amtslösung, und der einem europäisch gewordenen Namen anhaftende Glanz verleihen. Der Freiherr von Mantaußel hatte sich aber, zu seinem Unglück, unmöglich gemacht, wegen der vielen Feindschaften, die er sich zugezogen, so daß man bei deren Feigheit nicht hoffen durfte, Personen, welche einzig sein mußten, einander näher zu bringen. Zwei Urfäden trugen besonders zur Mehrung und Reizung der Feinde Mantaußels bei: sein eigener Charakter und seine Manieren. Er hat nichts Angehnendes, und obgleich er von Natur verbindlich ist, so verpflichtet er doch auf keine Dank entzündende Weise. Die Stellung, welche Herr von Mantaußel bei dem König trog seiner hohen amtlichen Würde einnahm, schadete dem ehemaligen Minister sehr, weil er das Gefühl dieser Stellung hatte, und sich doch nicht daraus erheben konnte. — Mehr als einmal mußte der erste Minister sich bei wichtigen Gelegenheiten endlich zu einer Politik bequemen, die er Anfangs bekämpft hatte, und die seiner Amtsgenossen, welche bei der zuerst von ihrem Hauptheit Meinung beharrten, rücksichtslos opfern, so den Kriegsminister, General von Bonin. — Die Mehrzahl der politischen Freunde des Prinz-Régenten hatte sich über Herrn von Mantaußel zu beklagen, und keiner wollte mit ihm Minister sein. Mantaußels Entlassung war somit eine Nothwendigkeit geworden. Als der Prinz-Régent die Sorge der Bildung eines andern Ministeriums dem Fürsten von Hohenzollern übertrug,

